



luczak@bundestag

Ihr CDU-Bundestagsabgeordneter
für Tempelhof-Schöneberg informiert



Dr. Jan-Marco Luczak

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter der CDU
für Tempelhof-Schöneberg

Ordentliches Mitglied im
Rechtsausschuss und im
Unterausschuss Europarecht
Stellvertretendes Mitglied im
Innenausschuss

So erreichen Sie mich:

Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 71878
Fax: 030 - 227 76978
jan-marco.luczak@bundestag.de

www.luczak-berlin.de

Newsletter

Abonnieren Sie den **Newsletter**
von Dr. Jan-Marco Luczak -
schicken Sie eine E-Mail an:
jan-marco.luczak@bundestag.de

Zitat des Monats

*„Die CDU muss sich von anderen
wirklich nicht belehren lassen,
wenn es um Anstand und Ehrlich-
keit in der Politik geht.“*

- Bundeskanzlerin Angela Merkel in
ihrer Aschermittwochsrede zu den
Vorwürfen von SPD, Linke und Grü-
nen in der Causa zu Gutenberg -

VOR ORT

Kein Drogenknast in Lichtenrade

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
der Ortsteil Lichtenrade scheint
momentan von den sieben bibli-
schen Plagen heimgesucht zu wer-
den (Fluglärmrouten, Dresdner
Bahn, Kostenüberwälzung beim
Ausbau des Kirchhainer Damms
auf Anwohner, etc.).

Nach Plänen von Justizsenatorin
Gisela von der Aue (SPD) soll nun
auch noch die **Drogenfachabtei-
lung der Jugendstrafanstalt Plötz-
ensee nach Lichtenrade** verlegt
werden. Die über 60 Insassen sol-
len in den bisherigen Untersu-
chungshaftbereich am Kiefern-
grund ziehen. Hintergrund ist das
„Personal- und Belegungskonzept
2014“ für den Strafvollzug, nach
dem der rot-rote Senat unter an-
derem umfangreiche Umbelegungen
und Umbaubauarbeiten plant.

**Ich lehne einen Drogenknast in
Lichtenrade entschieden ab** und
unterstütze den Protest der Anwoh-
ner mit allem Nachdruck. Denn
mit dem Umzug ist keinem ge-
dient:

- Es würde die **Sicherheit in
Lichtenrade gefährdet**, denn Dro-
genstrafäter genießen häufig Voll-
zugslockerungen wie Freigang und
dürfen in größerem Umfang Be-
such erhalten. Dealer und Süchtige
könnten so ihrer Klientel nach
Lichtenrade folgen. Begleitkrimi-
nalität und Belästigungen wären
die Folgen.

- Es entstünden **erhebliche Kos-
ten** für Umbaumaßnahmen, um
etwa Schutz vor Überwürfen zu

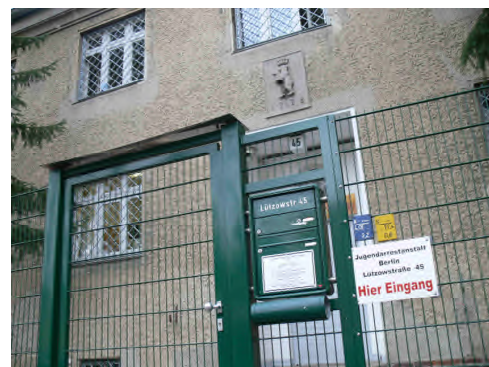


Foto: Thomas Moser, www.berli-press.de

gewährleisten. Allein für den Neu-
bau der Jugendarrestanstalt sollen
sechs Millionen Euro investiert
werden. Auch müssten die Inhaf-
tierten täglich zu ihrem Ausbil-
dungsplatz in der Jugendstrafan-
stalt Charlottenburg gefahren wer-
den.

- Die Inhaftierten hätten **keine
angemessene medizinische Ver-
sorgung**, denn das Haftkranken-
haus ist in Plötzensee.

- Der Umzugsplan ist auch **recht-
lich fragwürdig**, weil die jetzige
Jugendarrestanstalt in Lichtenrade
entgegen dem Bundesrecht in einer
Straf- oder Untersuchungshaftan-
stalt eingerichtet werden soll.

Die Justizsenatorin wollte diese
Pläne durch die Hintertür ein-
führen, ohne die Menschen in
Lichtenrade zu informieren. Das
werde ich nicht hinnehmen - Dro-
gendealer und Drogenabhängige
haben in einem Wohngebiet nichts
zu suchen!

Herzliche Grüße
Ihr Dr. Jan-Marco Luczak

Luczak vor Ort

■ CDU Präsent

Sa, 26. März, 10.00 - 12.00 Uhr
Bahnhofstraße, Lichtenrade

■ CDU Lichtenrade diskutiert über kommunalpolitisches Programm 2011

Di, 29. März, 19.30 Uhr
Restaurant Reisel, Alt-Lichtenrade
83, 12309 Berlin

■ Politische Tagesfahrt durch Berlin / Gespräch mit Dr. Jan-Marco Luczak, MdB

Fr, 1. April, 7.30 Uhr - 19.00 Uhr
Gespräch 10.00 - 11.00 Uhr

■ CDU Präsent

Sa, 9. April, 10.00 - 12.00 Uhr
Bahnhofstraße, Lichtenrade

Kurz notiert

■ Mindestlohn Zeitarbeit soll im März durch Bundestag.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will den im Rahmen des Hartz-IV-Kompromisses ausgehandelten Mindestlohn für Zeitarbeit rechtzeitig vor der ab 1. Mai 2011 geltenden Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus osteuropäischen EU-Ländern realisieren.

■ Aussetzung der Wehrpflicht.

Mit dem Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 wird die politische Grundsatzentscheidung umgesetzt, die Allgemeine Wehrpflicht künftig auszusetzen. Die letzten Wehrpflichtigen wurden am 3. Januar 2011 einberufen. Seither erfolgt die Ableistung des Wehrdienstes nur noch aufgrund einer freiwilligen Verpflichtung.

■ Deutsches Jobwunder setzt sich fort.

Der Arbeitsmarkt setzt seinen Aufwärtstrend mit einer unbeirrbar Konstanz fort - selbst der Winter konnte dem Arbeitsmarkt in Deutschland nichts anhaben: Im Februar 2011 ist die Zahl der Erwerbslosen um 33.000 auf 3.317.000 gesunken. Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Kompetenz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor, während und nach der Krise trägt den Namen CDU/CSU.

Hartz-IV-Reform

Verfassungskonform und gerecht

Nach neunwöchigen, zähen Verhandlungen zwischen Koalition und Opposition, Bund und Ländern hat der Deutsche Bundestag am 25. Februar 2011 die Reform des Arbeitslosengeldes II verabschiedet. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2010 war eine Neuregelung erforderlich, die die bisherige gesetzliche Regelung transparenter und nachvollziehbarer macht.

Deshalb war es richtig, dass von Seiten der Union keiner willkürlichen Erhöhung des Regelsatzes zugestimmt wurde, so wie es die Oppositionsvertreter von Beginn an forderten. Stattdessen wurde der neue Regelsatz auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes berechnet: Rückwirkend zum 1. Januar 2011 steigt der Regelsatz um fünf Euro, am 1. Januar 2012 um weitere drei Euro.

Die Neuregelung der Regelsätze entspricht den verfassungsgerichtlichen Vorgaben und ist zugleich ein Zeichen für all diejenigen, die sich täglich ihren Lohn erarbeiten müssen. Von Seiten der Union wurde bei den Verhandlungen stets gefordert, dass die Bezieher von Hartz-IV-Leistungen nicht besser dastehen dürfen als Erwerbstätige.

Auch das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts und einer Entlastung der Kommunen wurde berücksichtigt.

Die Reform trägt auch den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung: Ihnen wird durch das beschlossene Bildungspaket im Umfang von 1,6 Milliarden Euro die Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten wie Vereinssport oder Musikunterricht ermöglicht und ihr Zugang zu Bildung verbessert. ■

Räumung der Liebigstraße 14

Angriff gegen den Rechtsstaat

Nach den brutalen Ausschreitungen anlässlich der Räumung des Wohnprojektes in der Berliner Liebigstraße 14 Anfang Februar, bei der 2.5000 Polizisten zum Einsatz kamen und Schäden in Millionenhöhe entstanden, fand eine Woche später eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag dazu statt. Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak machte in seiner Rede klar, dass „die zum Teil erheblich verletzten Polizisten volle Unterstützung erhalten müssen“.

Nachdem bei der Räumung des besetzten Hauses sich immer mehr krawallbereite Linksautonome zusammengerottet hatten, wurde schnell klar, dass es den Anwesenden nicht um ein friedliches Demonstrieren für alternative



Wohnprojekte ging. Stattdessen nutzten sie die Gunst der Stunde, um die Straßen durch Chaos und Randalie unsicher zu machen. Luczak machte deutlich, dass Angriffe gegen Polizisten auch gegen den Rechtsstaat gerichtet sind. Gegen Randalierer müsse der Staat daher mit aller Härte vorgehen. Luczak: „In unserem Land ist kein Platz für Straftäter und Chaoten, deren einziges Ziel es ist, ihre Interessen auf Kosten anderer rücksichtslos und mit Gewalt durchzusetzen.“ ■